

Antrag Nr. 26-F-63-0025

grüne+spd+linke+volt

Betreff:

Stiller Alarm in der Stadtverwaltung - Bestandsaufnahme, Anforderungen und Standardisierung
- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 28.01.2026 -

Antragstext:

In publikumsintensiven Bereichen der Stadtverwaltung besteht ein erhöhtes Risiko für Bedrohungs-, Eskalations- oder Gefahrensituationen. In einzelnen Fachbereichen kommen bereits sogenannte „stille Alarm“-Systeme zum Einsatz. Diese sind jedoch nicht einheitlich standardisiert. Gleichzeitig steigt der Bedarf an verlässlichen, niedrigschwwelligen und datenschutzkonformen Alarmierungsstrukturen für Mitarbeitende.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche fachlichen, technischen, organisatorischen und datenschutzrechtlichen Anforderungen ein „stiller Alarm“ aus Sicht der Verwaltung erfüllen muss,
2. zu prüfen, wie ein stadtweit einheitlicher Standard für „stille Alarm“-Systeme etabliert werden kann, der zugleich fachbereichsspezifische Anforderungen angemessen berücksichtigt,
3. auf Grundlage der Prüfungen ggf. weitere Bereiche für einen möglichen Einsatz des stillen Alarms zu identifizieren und die hierfür notwendigen finanziellen Mittel für den Haushalt 2027 anzumelden.

Wiesbaden, 28.01.2026

Prof. Dr. Johannes Luderschmidt
Fachsprecherin, B90/Grüne

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Lukas Floyd Schnabel
Fachsprecher, SPD

Nail Akin Kaya
Fraktionsreferent, SPD

Ronny Maritzen
Fachsprecher, Fraktion Die Linke

Pascal Wolf
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Achim Sprengard
Fachsprecher, Volt

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer, Volt